

Rheinsberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis
In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Humann



Druck und Verlag
C. Humann's Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen
Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 gelappten Zeilen ober dem Raum berechnet und für Vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erhoben

Nr. 127

Fernsprecher

Sonnabend, den 30. Oktober 1926.

Nummer 37

32. Jahrgang

— Berlin, den 29. Oktober 1926.

Chronik des Tages.

Der Reichskanzler empfing die Führer der Regierungsparteien, um mit ihnen über die Frage der Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge Führung zu nehmen.
Die Ministerpräsidenten der englischen Dominionen haben den Locarnovertrag einstimmig angenommen.
Die offizielle Vertretung der englischen Industrie hat den Reichsverband der deutschen Industrie zur Fortsetzung der Besprechungen von Rom nach London eingeladen.
Der russische kommunistische Parteitag billigte einstimmig die Tätigkeit der Vertreter der Partei, die Abregulierung Einwohnern und verurteilte die fraktionelle Arbeit der Opposition.
Der Gesundheitszustand des rumänischen Königs hat sich verbessert, daß mit dem Wiederaufbau des Königs gerechnet wird.

Briand gegen Mussolini.

Am 28. Oktober waren vier Jahre seit dem March der Faschisten auf Rom verfloßen. In ganz Italien wurde dieser faschistische Feiertag durch Paraden und Festlichkeiten begangen. Menschenhaken wurde eine Botschaft Mussolinis zur Verlesung gebracht, in der es heißt, daß keine Macht der Welt und besonders keine von außen kommende die moralische Einheit des italienischen Volkes zu sprengen vermöge. So prahlte diese Worte des italienischen Diktators auch klingen mögen, muß man doch anerkennen, daß es ihm tatsächlich gelungen ist, der faschistischen Idee im eigenen Lande zum Siege zu verhelfen. In Italien selbst hat der Faschismus auf der ganzen Linie gesiegt, jedoch er den Tag der Wiederkehr des Marches auf Rom in voller Siegesfeier feiern konnte. Anders sieht es aber mit der außenpolitischen Gestaltung Italiens. Hier hat der Faschismus trotz aller Anstrengungen bisher keine nennenswerten Erfolge aufzuweisen.

Das Hauptziel der italienischen Außenpolitik ist bekanntlich die Erwerbung von Kolonien und Mandatsgebieten, die geeignet sind, den gewaltigen Bevölkerungsüberschuß des italienischen Mutterlandes aufzunehmen. Die bisherigen afrikanischen Besitzungen allein Libyen, Eritrea und Somalia sind nicht in der Lage, den Zehntausenden von Auswanderern Land und Brot zu geben. Die Vereinigten Staaten, die früher den Hauptstrom der italienischen Auswanderer aufgenommen haben, lassen heute nur noch eine beschränkte Zahl von fremden Einwanderern zu. Die italienische Regierung muß also unbedingt eine Lösung der Bevölkerungsfrage durch eine Verwirklichung seiner Kolonialpläne anstreben, die allerdings nur auf Kosten Frankreichs möglich ist. Mussolini hat denn auch in der letzten Zeit beständige Bemühungen in dieser Richtung unternommen, allerdings ohne jeden Erfolg. In früherer Erinnerung sind noch seine vergeblichen Bemühungen um die Einberufung einer internationalen Konferenz, von der Mussolini eine Umgestaltung des Mittelmeeres unter der Mittelmeer-Verordnung erhoffte. Allein Frankreich und Spanien wollten von einer Beteiligung Italiens an der marokkanischen Seite nichts wissen und zeigten die kalte Schulter. Nun machte sich Mussolini an Chamberlain heran, aber auch hier war offenbar nicht viel zu machen. Daraufhin entschloß sich die italienische Regierung, zu aktivem Handeln überzugehen und mit Frankreich über ein Mittelmeer- und Kolonialabkommen zu verhandeln, durch das die italienische Ausdehnung in den afrikanischen Gebieten erleichtert werden würde. Die italienischen Wünsche stellen in erster Linie auf Tanger und Marokko, außerdem wünschte man in Rom eine bevorzugte Behandlung der zahlreichen italienischen Ansiedler in französischer Tunis sowie — Abtretung des französischen Mandats an Italien durch Frankreich.

In Paris war man selbstverständlich über diese kolonialistischen der italienischen Regierung nicht sonderlich erbaut, und als man in Rom den Wunsch nach einer herzlichen Unterredung zwischen Briand und Mussolini zu erkennen gab, verhielt sich die Pariser Regierung kühl abweisend. Die Beziehungen zwischen Paris und Rom ließen, so sagte man, durch die bestehenden Verträge klar geregelt, und alle auftauchenden Fragen könnten also auf dem üblichen diplomatischen Wege geregelt werden. Trotz dieser offensichtlich feindlichen Haltung ließ sich Mussolini nicht abweisen und setzte sich mit dem französischen Vorkanzler in Rom in Verbindung, um auf diese Weise eine grundsätzliche Aussprache mit Frankreich herbeizuführen. Gleichzeitig erhielt der italienische Vorkanzler in Paris, Baron D'Alessandro, den Auftrag, in der gleichen Angelegenheit mit Briand Führung zu nehmen. Aber auch dieser zweifelhafte Annäherungsversuch Mussolinis ist völlig fehlergefallen. Wie die Pariser Presse aus dem französischen Außenministerium erfahren haben wird, hat Briand die italienischen

Wünsche ohne alle Zweideutigkeit abgelehnt, indem er betonte, daß Frankreich zunächst seine schwebenden politischen und finanziellen Probleme lösen müsse, bevor es sich mit der Mittelmeerfrage beschäftigen könne. Es wird sogar berichtet, daß der italienische Vorkanzler bei dieser Gelegenheit sich eine glatte Abfuhr von Briand geholt habe. Von einer Abtretung Syriens an Italien könne überhaupt keine Rede sein.

Eine deutlichere Absprache konnte sich Mussolini wohl kaum holen. Man wird gespannt sein dürfen, wie der stolze Diktator diese Abfuhr Briands aufnehmen wird. Daß er seine Absichten ohne weiteres aufgeben wird, ist nicht anzunehmen, da dies unter Umständen seinem politischen Ansehen ganz wehtun könnte. Wahrscheinlich wird er versuchen, auf einem anderen Weg zum Ziele zu kommen. Wie verlautet, unterhandelte Mussolini bereits durch seinen Agenten in Paris, wobei der in Berlin angeregte deutsch-italienische Schieds- und Freundschaftsvertrag offenbar als Druckmittel gegen Frankreich gedacht ist. Durch die Vorklärung, Italien könnte gegebenenfalls bei der Durchsetzung seiner nordafrikanischen Wünsche sich die Hilfe Deutschlands sichern, glaubt Mussolini offenbar, in Paris einen genügend starken Druck ausüben zu können, um die französische Regierung den von ihm gewünschten Konzessionen geigig zu machen. Die glatte Abfuhr Briands läßt jedoch die Vermutung zu, daß man in Paris Mussolinis Entschluß bereits durchschaut hat und sich schweigend von dem Doppelspiel Italiens täuschen lassen wird.

Am Deutschlands Abrüstung.

Die Abwicklungsarbeiten der Kontrollkommission.

Nach den letzten Meldungen scheint eine neue Note oder ein sonstiger offizieller Schritt der Vorkanzlerkonferenz in der Frage der deutschen Abrüstung nicht mehr im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Man hält zwar noch weitere Verhandlungen für notwendig, will diese aber dem Vorsitzenden der Uebervachungskommission, General Walsh, übertragen. Wie verlautet, hat dieser auf folgender Grundlage zu verhandeln.

Die Einhellung von Zeitfreiwilligen soll von der deutschen Regierung noch einmal in endgültiger Form vorzulegen werden. Ebenso soll die Auslieferungsbestimmungen zum Geleit über das Verbot militärischer Verbände eine schärfere Fassung geben. Die Befreiung des Geleits der Seereschiffe will man dahin abändern sehen, daß an der alleinigen Verantwortung des Reichswehrministeriums nicht mehr zu zweifeln ist. Ueber die Ein- und Ausfuhr von Kriegswaffen soll die Uebervachungskommission endgültig entscheiden. Was die Frage der Rheinländer Festungsanlagen betrifft, will man hier dem deutschen Standpunkt entgegenkommen.

Darüber, daß die Uebervachungskommission ihre Tätigkeit in Deutschland einstellen muß, ist man sich auch in Paris nicht mehr im Klaren. Man will nur, die „ausgehenden Punkte“ dazu benutzen, um die Uebertragung der Kontrolle auf den Höflichkeit zu erschweren. Frankreichs Sicherheit wird heute nicht mehr durch die Kontrolle der deutschen Abrüstung und auch nicht durch die Bewegung deutschen Bodens garantiert, sondern durch den Spornpakt und die dadurch eingeleitete politische Entwicklung. Von dieser grundlegenden Veränderung der politischen Lage scheinen einige Leute in Paris immer noch nichts erfahren zu haben. Anders ist eine Rede, die

General Nollet,

der ehemalige Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission in London gehalten hat, nicht verständlich. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß General Nollet einer der jüngsten Vertreter der französischen Militärkräfte ist.

Der General erklärte, daß die Augen der Alliierten im Deutschland habe der Durchführung der Abrüstung alle unerbittlichen Schwierigkeiten bereitet. Man könne einen großen Industriekreis wie Deutschland, der außerdem über das geeignetste Material für eine moderne Kriegführung verfüge, nicht vollständig abrüsten, aber man müsse seine Abrüstungsmöglichkeiten durch Bestimmungen einschränken, bis andere politische Kräfte sich geltend machen könnten, um den Frieden wirksamer als durch Abrüstungsbestimmungen zu sichern.

England und Frankreich müßten zusammenarbeiten, denn das Reparationsproblem und die Sicherheitsfrage seien noch nicht endgültig gelöst. Nollet fragte dann ein Volk in Frankreich, das seine Armee gegenüber 1914 um 30 Prozent vermindert habe. Seine andere Nation hätte eine ähnliche Herabsetzung vorgenommen. Was die entmilitarisierte Rheinlandszone betreffe, habe die ihr Wert, wenn dort eine Uebervachung ausgesetzt würde durch eine dort anliegende Kontrollbehörde.

Daß andere politische Kräfte, die den Frieden wirksamer“ säßten können, sich bereits geltend gemacht haben, scheint dem General beauerlicherweise entgangen zu sein. Das gleiche gilt von der „Arme“, die dem „Deutschen Militarismus“ einen Artikel widmet und in der Reichswehr den „Kern einer fürchterlichen Arme“ sieht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. Oktober 1926.

Im Anschluß an eine Aussprächung des Deutschen Landwirtschaftsraats wurde im Verlaufe der Besprechung, an dem Reichspräsident v. Hindenburg, mehrere Reichsminister, Mitglieder der preussischen Regierung und Vertreter der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen teilnahmen.

Reichspräsident v. Hindenburg traf am 5. November Berliner Kathaken einen Besuch ablassen.

Das preussische Staatsministerium hat den Ministerialrat Dr. Seemann Vorkanzler für den Bereich der Verfassungsabteilung im Ministerium des Innern ernannt.

Der Bayerische Landtag ist auf den 9. November einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht eine Entscheidung der Regierung über den Finanzausgleich.

Die Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen. In einer Wahlsammlung der Deutschen Volkspartei im Saal des Reichstages wurde am 28. Oktober in Berlin der Parteitag abgehalten. Die Deutschnationalen wählten die Mittelpartei für die Politik auf lange Sicht bezeichnen würden, dann würde der Deutschen Volkspartei die Wahl „Rechts oder links“ nicht schwerfallen. Außenpolitik sei das Schicksal für Deutschland.

Arbeitgeber und Arbeitslosenversicherung. In den sozialpolitischen Forderungen, die gegenwärtig von der Reichsregierung und vom Reichstag beraten werden, hat jetzt auch die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände Stellung genommen. Die Arbeitgeberverbände halten die sofortige Einführung der Arbeitslosenversicherung für unmöglich, weil dadurch der Wirtschaft an Kosten jährlich 800 Millionen Mark aufgebracht würden. Ebenso wird eine Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge über 52 Wochen hinaus abgelehnt.

Rundschau im Auslande.

Bei der Zusammenkunft in Wiesbaden zwischen Pilsudski und der Aristokratie hat tatsächlich eine Annäherung stattgefunden. Die Meldungen, die wissen wollen, dem Marschall Pilsudski sei dabei die Königintrone angeboten worden, werden von den innozentesten Vätern bestritten.

Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat den Vollauschuss des Bergarbeiterverbandes zu einer Zusammenkunft aufgefordert, in der Schritte zur Beendigung des Konflikts in der Kohlenindustrie erörtert werden sollen.

In Apenrade, das in dem an Dänemark abgetretenen nordschleswigher Gebietsteil liegt, ist unter zahlreicher Teilnahme die erste deutsche, höhere Pilsudski eröffnet worden.

Der Danziger Volkstag hat die nebenamtlichen Senatoren, die die neue Regierung bilden, mit 68 gegen 58 Stimmen gewählt.

Londoner Gesandtschaft.

Der „Daily Telegraph“ brachte dieser Tage verschiedene Informationen aus Amerika und Frankreich, die geeignet gewesen wären Aufsehen zu erregen. In einer der letzten Meldungen war von einer fernen Verfilmung der amerikanischen Regierung gegen die deutsche Außenpolitik die Rede. Genannt und Wirtschaftsmarkteit sollen die denn auf den Siebespunkt abgedacht haben, so daß ein offizieller Schritt bei dem deutschen Vorkanzler mit Sicherheit zu erwarten sei. Auch diese Meldung hat sich nach als Fendenslüge entpuppt. Wie in amerikanischen Zeitungen freies betont wird, entbehrt ohne Nachdruck jeder Grundlage. Wohl aber habe einige Verfilmung darüber bestanden, daß verschiedene englische und französische Zeitungen verurteilt hätten, die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern der Außenpolitik Amerika zuzuschreiben.

Amerika und Frankreich.

Der amerikanische Vorkanzler in Paris Maxon Th. Herrid, der jetzweil mit dem Berliner und Londoner Vorkanzler Amerias nach Washington berufen wurde, ist nach Paris zurückgekehrt. Wie verlautet, soll der Vorkanzler der französischen Regierung die Verfilmung geben, daß die Vereinigten Staaten mit Empathie jede Unternehmung zur Stabilisierung des Frankens unterstützen, daß sie jedoch sich nicht an einer Anleihe beteiligen noch Kredite garantieren würden, solange die französischen Schulden bei Amerika nicht endgültig konsolidiert seien. Darüber, daß das notwendig ist, ist man sich in Amerika und in Frankreich einig. Man will über diese Angelegenheit in den nächsten Monaten ein neues Abkommen abhandeln oder doch eine Abänderung des jetzigen erzielen zu können.

Ausland zur Wilmanose.

In der von Polen wegen der Wilmanose im russisch-italienischen Vertrag nach Moskau gerichteten Note wird hervorgehoben, der Vertrag beruhe gewisse Gebiete durch die gebirgsträger nach dem Wiener Vertrag ausschließlich der Kompetenz Polens und Italiens unterliege. Es wird weiter behauptet, daß der Beschluß der Vorkanzlerkonferenz über Wilna durch keinerlei Abänderung, an der allein Staaten teilnehmen, geändert werden könne. Wie verlautet, will Ausland seine Haltung damit begründen, daß es durch den Beschluß der Vorkanzlerkonferenz und durch den Nizhny Vertrag nicht gebunden sei.